



Geschäftsführung  
Ausschuss Bauen und Wohnen

Ansprechpartner/in: Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 15.04.2009

## Niederschrift

über die **36. Sitzung des Ausschusses Bauen und Wohnen** in der Wahlperiode 2004/2009 am Montag, dem 16.03.2009, 15:37 Uhr bis 18:03 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

### Anwesend waren:

#### Vorsitzende/r

Frau Sabine Ulke Grüne

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Henk van Benthem	CDU	
Herr Johannes-Werner Hamm	CDU	
Herr Helmut Jung	CDU	
Herr Jürgen Koch	CDU	
Herr Wendel Mispelkamp	SPD	
Herr Jochen Ott	SPD	
Frau Monika Schultes	SPD	
Frau Karin Wiesemann	SPD	(für RM Walter)
Herr Gerhard Brust	Grüne	
Herr Ulrich Breite	FDP	(ab 17.34 Uhr für RM Kirchmeyer)
Frau Christtraut Kirchmeyer	FDP	(bis 17.34 Uhr)

#### Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Herr Michael Weber	pro Köln
Herr Bernd Weber	Die Linke.Köln

#### Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU	(bis 16.31 Uhr)
Herr Joachim Kuschewski	auf Vorschlag der CDU	
Frau Inge Halberstadt-Kausch	auf Vorschlag der SPD	
Herr Manfred Winnen	Auf Vorschlag der Grünen	
Frau Stefanie Ruffen	auf Vorschlag der FDP	

## **Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Käthe Reiff  
Frau Annelie Appelmann

(bis 17.30 Uhr)

## **Verwaltung**

Herr Stefan Ferber

Amt für Stadtentwicklung  
und Statistik

Herr Josef Franzen

Gebäudewirtschaft der  
Stadt Köln

Frau Ruth Kellersmann

Gebäudewirtschaft der  
Stadt Köln

Herr Michael Schleicher

Amt für Wohnungswesen

Herr Beigeordneter Bernd Streitberger

Dezernat für Stadtentwick-  
lung, Planen und Bauen

Frau Claudia Ziegert

Dezernat für Stadtentwick-  
lung, Planen und Bauen

## **Schriftführer/in**

Frau Angela Krause

Dezernat für Stadtentwick-  
lung, Planen und Bauen

## **Presse**

### **Zuschauer**

Ausschussvorsitzende Ulke eröffnet die 36. Sitzung des Ausschusses Bauen und Wohnen in dieser Wahlperiode und begrüßt die Anwesenden.

Sie weist darauf hin, dass die Tagesordnung um folgenden Punkt **ergänzt** werden soll:

- 1.1. Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln vom 06. März 2009 betreffend  
Einsturz des historischen Archivs der Stadt Köln  
AN/0416/2009

Der Ausschuss ist hiermit einverstanden und beschließt somit folgende:

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

#### **1 Anfragen gemäß § 4 der GeschO des Rates**

- 1.1. Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln vom 06. März 2009 betreffend  
Einsturz des historischen Archivs der Stadt Köln  
AN/0416/2009

**2 Anträge gemäß § 3 der GeschO des Rates**

--

**3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen von Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**

--

**4 Entscheidungen (Beschlussorgan Ausschuss Bauen und Wohnen)**

--

**5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**

- 5.1 Kölner Integrationskonzept - konzeptionelle Grundlagen und Handlungsempfehlungen  
0504/2009

**6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

--

**7 Mitteilungen**

- 7.1 Abgestimmtes Belegungsmanagement für den öffentlich geförderten Wohnungsbau  
0255/2009

**8 Mündliche Anfragen**

--

**II. Nichtöffentlicher Teil**

**9 Anfragen gemäß § 4 der GeschO des Rates**

--

**10 Anträge gemäß § 3 GeschO des Rates**

--

**11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen**

--

**12 Entscheidungen (Beschlussorgan Ausschuss Bauen und Wohnen)**

12.1 Wohnungsbauprogramm 2015  
0508/2009

**13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**

--

**14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

--

**15 Mitteilungen der Verwaltung**

15.1 Grundstücksverkauf Nürnberger Straße in Köln-Höhenberg und Auf dem Sandberg in Köln-Poll  
0047/2009

**16 Mündliche Anfragen**

--

## I. Öffentlicher Teil

### Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

--

#### 1 Anfragen gemäß § 4 der GeschO des Rates

##### 1.1 **Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln vom 06. März 2009 betreffend Einsturz des historischen Archivs der Stadt Köln AN/0416/2009**

SE B. Weber merkt an, dass die Anfrage im Wesentlichen noch aktuell sei; einige Fragen seien bereits geklärt worden. Als Geowissenschaftler stelle sich ihm jedoch die Frage, ob auch historisches Kartenmaterial - und zwar bereits im Vorfeld - ausgewertet wurde. Er rege an, über die Sicherung und Untersuchung aller Gebäude entlang der Trasse regelmäßig in den zuständigen Ausschüssen zu informieren.

BG Streitberger weist darauf hin, dass die Beantwortung in Arbeit sei und er vorschläge, diese zur Sitzung des Hauptausschusses am 19.03.2009 vorzulegen.

RM Ott wirft die Frage auf, welches Gremium – neben Rat und Hauptausschuss – in dieser Thematik das Federführende sei. Bezug nehmend auf die bereits in der Ratsitzung am 11.03.2009 (*Sondersitzung*) gegebenen Stellungnahmen bittet er eindringlich, diese bis zur Sitzung des Hauptausschusses zu überarbeiten bzw. zu ergänzen. Darüber hinaus seien für ihn die Zuständigkeiten bei der Stadtverwaltung von Interesse.

BG Streitberger stellt fest, dass sich die Fragestellungen auf die Anfrage der SPD-Fraktion aus der vergangenen Ratssitzung und nicht auf die aus der heutigen Sitzung beziehen. Gleichwohl führt er aus, dass der Bau der Nord-Süd Stadtbahn von der Stadt Köln planfestgestellt und im Genehmigungsverfahren alle Beteiligten ordnungsgemäß angehört wurden. Zum 01.01.2002 wurde die Bauherreneigenschaft auf die KVB AG übertragen. Genehmigungen i.S. des Wasserrechtes, des Landschaftsrechtes oder der Vermessung erfolgen jedoch auf Antrag der beauftragten Unternehmen durch einzelne sog. hoheitliche Akte von der Stadt Köln. Eine Koordination dieser einzelnen Erlaubnisse sei nicht erfolgt, da die Fachämter jeweils als hoheitliche untere staatliche Verwaltungsbehörde die Erlaubnisse erteilt hätten und die Antragsteller die Verpflichtung hatten, sich an diese zu halten. Eine Kontrollpflicht der Stadt habe es somit nicht in der Gesamtheit dieser Maßnahme gegeben. Diese sei mit der Übertragung der Bauherreneigenschaft an die KVB gegangen – abgesehen von der „formalen Oberaufsicht“, die bei der Technischen Aufsichtsbehörde, der Bezirksregierung Düsseldorf, liege bzw. von dieser weiter delegiert wurde.

Die aufgeworfene Frage hinsichtlich der zuständigen Ausschüsse könne er dahingehend beantworten, dass die Federführung bei Fragen zu den Gebäuden beim Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft liege. Zum Historischen Archiv selbst berichtet er, dass während der gesamten Bauphase die gemeldeten Setzrisse dokumentiert und vom Schadensregulierer der KVB, dem Ing.-Büro Zorn, aufgenommen wurden.

Die Leitung des Archivs sei jedoch darüber hinaus an die Gebäudewirtschaft herantreten mit der Bitte, einen unabhängigen Gutachter zu beauftragen. Dieser Bitte wurde auch nachgekommen; der Gutachter habe hierbei die Standsicherheit des Gebäudes zweifelsfrei bestätigt, jedoch auch empfohlen einen Bauschadenssachverständigen einzuschalten, um zu untersuchen, woher diese unterschiedlichen Setzungen kamen. Letztendlich – nach weitergehenden Abstimmungsgesprächen – sei man jedoch zu dem Ergebnis gekommen, dass ein weiteres Gutachten entbehrlich sei, da die unterschiedlichen Setzrisse in der Konstruktion des Gebäudes (nach vorne ein sechsgeschossiges und sehr massives Gebäude, im rückwärtigen Teil ein eingeschossiges und sehr leichtes Gebäude) begründet und in den Dehnungsfugen der Gebäudeteile entstanden waren. Ursache hierfür war der Stadtbahnbau. BG Streitberger verweist hierbei auch auf die Aussage des Leiters der Feuerwehr, Herrn Direktor Neuhoff, dass auch ein weitaus massiveres Gebäude eingestürzt wäre, da dem Gebäude quasi der Boden weggezogen wurde. Weitergehende Erläuterungen und Ergänzungen könne er für die kommende Sitzung des Hauptausschusses zusage.

SE Winnen berichtet, dass seiner Zeit das Rechnungsprüfungsamt die Pläne zum Bau der Nord-Süd Stadtbahn, insbesondere die „überdimensionalen“ Tunnelröhren und die vorliegenden Bodengutachten, sehr kritisch gesehen habe.

BG Streitberger betont, dass nach heutigem Informationsstand alle Risiken bekannt gewesen seien; gleichwohl sei die Planfeststellung nicht mit der Ausführungsplanung gleichzusetzen. Im weiteren Verfahren müssen noch – mit der Auftragsvergabe an die ARGE – Planungsaufträge (Schal- und Bewehrungspläne für die jeweiligen Bauwerke sowie Untergrunderkundungen zur Verdichtung der bisherigen Erkenntnisse etc.) vergeben werden. Es lägen der Verwaltung keine Hinweise vor, dass hier etwas unterlassen wurde. Darüber hinaus stellt er auf Nachfrage des SE B. Weber klar, dass es sich hier nicht um Bauwerke gehandelt habe, die unter Grundwasserabsenkungen errichtet worden seien; man habe vielmehr eine „Grundwasserhaltung“ vorgenommen. Die errichteten Schlitzwände seien kontinuierlich und in kurzen Abständen vermessen worden, die am Waidmarkt beispielsweise seien noch am Morgen des 03. März vermessen worden – es seien jedoch keine Verformungen festgestellt.

RM Kirchmeyer weist darauf hin, dass die Beantwortung der vorliegenden Anfrage sicherlich auch für den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün von Interesse sein werde und aus ihrer Sicht alle diesbezüglichen Anfragen und Anträge gebündelt im Rat behandelt werden müssten.

BG Streitberger stimmt dieser Auffassung zu und verweist auf die Absicht des Oberbürgermeisters, zur Aufarbeitung des Unglücks den Hauptausschuss im 14-Tage-Rhythmus einzuberufen.

RM Hamm merkt an, dass sicherlich noch viele Fragen angebracht und nötig erscheinen, bevor letztendlich ein Ergebnis vorliege. Eine Bündelung und Information im Hauptausschuss sei auch aus Sicht seiner Fraktion sinnvoll.

Abschließend weist Ausschussvorsitzende Ulke auf die für morgen angesetzte Gedenkfeier für die Opfer hin.

**2 Anträge gemäß § 3 der GeschO des Rates**

--

**3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen von Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**

--

**4 Entscheidungen (Beschlussorgan Ausschuss Bauen und Wohnen)**

--

**5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**

**5.1 Kölner Integrationskonzept - konzeptionelle Grundlagen und Handlungsempfehlungen  
0504/2009**

RM Hamm schlägt seitens der CDU-Fraktion vor, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen, da noch erheblicher Beratungsbedarf bestehe.

Ausschussvorsitzende Ulke hingegen regt an, in der Fassung des Integrationsrates zu beschließen.

**Beschluss:**

**Der Ausschuss Bauen und Wohnen empfiehlt dem Rat – entsprechend der Beschlussfassung des Integrationsrates - wie folgt zu beschließen:**

Auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 18.12.2008 nimmt der Rat der Stadt Köln das vorliegende konzeptionelle Grundlagenpapier zum Kölner Integrationskonzept als Arbeitsgrundlage für die strategische Zielausrichtung und Steuerungsgrundlage der Querschnittsaufgabe „Integration“ in Köln zur Kenntnis, um in der Stadt ein zuwanderungsfreundliches Klima zu schaffen, die Offenheit der Aufnahmegesellschaft und die Integrationsbereitschaft der Migrantinnen und Migranten zu fördern und für Einheimische und Zugewanderte eine gleichberechtigte Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zu erreichen.

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung

1. das vorliegende konzeptionelle Grundlagenpapier fortzuentwickeln, eine fachliche Bewertung durch die Fachverwaltung vorzunehmen und es dem Rat als Gesamtkonzept zur abschließenden Beschlussfassung Ende 2009 vorzulegen.

Die Verwaltung wird hierzu beauftragt,

- die noch nicht bearbeiteten Querschnittsthemen „Frauen“, „Wohnen“, „Kultur“, „Bürgerschaftliches Engagement“, „Seniorinnen und Senioren“, „Menschen mit Behinderung“ und „Lesben, Schwule und Transgender“ in der bestehenden Projektstruktur zu erarbeiten.
  - unter Beteiligung der an der Erarbeitung des Integrationskonzeptes beteiligten Akteure eine umfassende Priorisierung der Handlungsempfehlungen vorzunehmen
  - die vorliegenden Empfehlungen mit Maßnahmen zu versehen sowie fehlende Ressourcen (Finanzmittel/Personal) zu benennen und den einzelnen Maßnahmen zuzuordnen.
2. verwaltungsintern auf der Grundlage vorhandener Ressourcen Arbeitsstrukturen zu schaffen, die die erforderlichen Weiterentwicklungen des Konzeptes sowie die Planung und Umsetzung von Maßnahmen sicher stellen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

--

**7 Mitteilungen**

**7.1 Abgestimmtes Belegungsmanagement für den öffentlich geförderten Wohnungsbau  
0255/2009**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Hamm bittet Herrn Schleicher, Leiter des Amtes für Wohnungswesen, die Belegungsvereinbarung zu gegebener Zeit vorzulegen.

RM Ott spricht der Verwaltung seinen grundsätzlichen Dank aus.



**8 Mündliche Anfragen**

--

**- Ende des öffentlichen Teils –**